



---

---

## **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**

50. Sitzung (öffentlich)

8. September 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Europäische Dimension in der Schulbildung stärken - Nordrhein-Westfalen braucht mehr "Europaschulen" mit einem einheitlichen europäischen Qualitätsprofil**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4427  
Vorlage 13/2931

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

**2 "Kommunale Weiterbildung dauerhaft sichern und flexibilisieren" Finanzierbarkeit durch Aufgabenentlastung und Entbürokratisierung wahren**

2

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4740  
Vorlagen 13/2648 und 13/2678

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4740 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

**3 Leistungsfähigkeit der Hauptschulen wiedergewinnen - Hauptschulprofilierungsprogramm auflegen** 5

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4906

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 13/4906 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion ab.

**4 Kein Bildungsabbau zum Zwecke der Lehrerentlastung - Anzahl der Klassenarbeiten auch zukünftig beibehalten** 15

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4990

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/4990 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

**5 Ökonomische Grundbildung kompetent vermitteln - Wirtschaft als Unterrichtsfach einführen** 15

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4992  
Vorlage 13/2895

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag Drucksache 13/4992 der FDP-Fraktion mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

**6 Integrierten naturwissenschaftlichen Unterricht an Gesamtschulen evaluieren - Ergebnisse dem Landtag vorlegen 19**

Antrag der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5085 (Neudruck)

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der CDU Drucksache 13/5085 (Neudruck) mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

**7 Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 23**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/5576

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes - 3. AG SGB VIII (KJHG) NRW**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5578

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

**8 Auswirkung des Schulgesetzes auf die internationalen Schulen in Nordrhein-Westfalen 23**

- Diskussion.

\*\*\*\*\*



## Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** merkt **Bernhard Recker (CDU)** an, unter Tagesordnungspunkt 7 sei der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 13/5392 "Gesetz zur Förderung der Jugend (Jugendfördergesetz)" nicht aufgeführt. Er bitte, die Beratung zu vertagen und in der nächsten Sitzung alle drei vorliegenden Anträge gemeinsam zu beraten.

**Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold** räumt ein, das müsse ein Versehen gewesen sein.

**Manfred Degen (SPD)** spricht sich auch dafür aus, die Beratung über diesen Punkt zu schieben. Im zuständigen Fachausschuss werde versucht, einige Änderungen an dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vorzunehmen. Es wäre sicher vernünftig, den geänderten Antrag vom Fachausschuss abzuwarten.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** kommt zunächst auf Tagesordnungspunkt 1 zu sprechen. Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik habe die Beratung über diesen Antrag noch nicht abgeschlossen, sodass sie vorschlage, den ersten Tagesordnungspunkt heute abzusetzen.

Mit Blick auf Tagesordnungspunkt 7 sei vorgesehen, die Gesetzentwürfe in der nächsten Plenarsitzung zu verabschieden. Noch fänden Gespräche über Veränderungen statt. Sie schlage vor, dass der Schulausschuss kein Votum abgebe. Im Kinder- und Jugendausschuss könne dann die abschließende Beratung stattfinden.

**Marie-Theres Kastner (CDU)** führt bezüglich Tagesordnungspunkt 7 aus, zwischen den Gesetzentwürfen bestünden vor allem hinsichtlich der Frage, ab wann die Förderung beginne - im Jahre 2005 oder im Jahre 2006 -, wesentliche Unterschiede. Das sei für die Einrichtungen von erheblicher Bedeutung.

Der CDU-Antrag sollte mitberaten werden. Die Entwicklung im Bereich Kinder, Jugend und Familie habe sich insofern geändert, dass die Vorsitzende die Obleute angesprochen habe, dass sie noch vor der Beratung im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie versuchen sollten, einen gemeinsamen Gesetzentwurf zu formulieren. Von daher wäre es sinnvoll, heute nicht über die Thematik zu beraten und eventuell ein Votum später zu formulieren.

**Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold** hält fest, die Grünen plädierten dafür, die Anträge ohne Votum durchlaufen zu lassen. SPD und CDU sprächen sich dafür aus, die Änderungen abzuwarten, die im federführenden Ausschuss erarbeitet würden und eventuell noch einmal hier zu beraten.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung  
50. Sitzung (öffentlich)

08.09.2004  
sd-ke

**Manfred Degen (SPD)** merkt an, am 15. September finde eine Ausschusssitzung mit Expertenanhörung statt. Eventuell könne man diesen Tagesordnungspunkt mit aufnehmen.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

**Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold** verweist auf das Schreiben von Frau Koczy - vgl. Vorlage 13/2931. Danach habe es im zuständigen Ausschuss eine Abstimmung über den CDU-Antrag Drucksache 13/4427 gegeben. Fraktionsübergreifend habe Einvernehmen bestanden, einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten. Dann heiße es, dass die Mitglieder des Eine-Welt-Ausschusses mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Schulausschuss noch beraten wollten.

Von daher setze er Tagesordnungspunkt 1 ab.

Nach Kenntnis des **Ralf Witzel (FDP)** ist sich der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik mit Blick auf den Kompromissentwurf einig gewesen. Nur die SPD-Fraktion habe noch Abstimmungsbedarf gesehen. Ansonsten hätte man das noch vor der Sommerpause beschließen können.

**Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold** hält fest, Tagesordnungspunkt 1 und Tagesordnungspunkt 7 würden von der Tagesordnung abgesetzt.

## **2 "Kommunale Weiterbildung dauerhaft sichern und flexibilisieren" Finanzierbarkeit durch Aufgabenentlastung und Entbürokratisierung wahren**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4740  
Vorlagen 13/2648 und 13/2678

**Ralf Witzel (FDP)** führt aus, die Überschrift mache deutlich, wohin die Reise gehen solle. Es gehe um eine Stabilisierung der Weiterbildungslandschaft. Die Daseinsvorsorge, die auch zukünftig im Bereich der Weiterbildung notwendig sei, sei nicht ausschließlich eine Frage der Detailvorgaben durch das Land. Man müsse ergebnisorientiert denken.

Frau Löhrmann appelliere immer an die Output-Orientierung bei der Bildung. Man dürfe sich nicht bloß Inputgrößen für bestimmte tradierte Institutionen anschauen, sondern müsse im Ergebnis sicherstellen, dass die Angebote, die es auf dem Markt gebe, auch erbracht würden. Wenn es vor Ort kommunale Ansätze gebe, Synergien zu nutzen, weil private Träger am Markt seien, so sei es sinnvoll zu kooperieren, um eine Auftragsweitergabe sicherzustellen. Es sollten keine Parallelstrukturen auf Dauer vorgehalten werden. Er verweise auf die einschlägigen Zuschriften, etwa vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen, der eine entsprechende Vorgehensweise einfordere und begrüße.